

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Leipzig,
Roden & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Kontokonto:
Gebr. Arnold, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Frachtlohn monatlich 2.00 M. Durch
die Post bezogen vierteljährlich 6.00 M., unter Kreuzband für Deutschland
und Österreich-Ungarn 6.00 M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 26 261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 26 261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Insertionspreis: die 7 gespaltene Nonpareilzeile 20 Pf., darauf 40 Prozent
Zerungszuschlag, bei Familienanzeigen die Zeile 60 Pf. (ohne Zuschlag).
Insertate sind im Voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vor-
geschriebenen Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefsendungen 20 Pf.

Nr. 225

Dresden, Montag den 29. September 1919

30. Jahrg.

Von Weimar nach Berlin

Die Nationalversammlung tritt am 30. September wieder zusammen, diesmal nicht mehr in Weimar, sondern in Berlin. Das Reichstagsgebäude, aus dessen Fenster Scheidemann am 9. November die Republik ausgerufen hatte, wird zum erstenmal wieder eine Vollversammlung des Reichstages erleben. Zwischen jenem 9. November und dem heutigen Tag liegt manches Dunkle. In dem dunkelsten Kapitel der jüngsten Geschichte gehört es, daß die Vertretung des souveränen Volkes, das erste Parlament des wirklich allgemeinen, Männer und Frauen umfassenden gleichen Wahlrechts vor der selben Revolution, die es geschaffen hatte, aus Berlin heraus nach dem stillen Weimar flüchten mußte, um dem drohenden gewalttätigen Untergang zu entgehen.

Jetzt erscheinen die Verhältnisse als so geklärt und geordnet, daß die Volksvertretung zu ihrem natürlichen Logungs-ort, der Reichshauptstadt, zurückkehren kann. Dort harret ihrer ein gerüttelt Maß von Arbeit.

In der Presse ist kürzlich das Gerücht aufgetaucht, die Nationalversammlung solle noch im Oktober aufgelöst werden. Dieses Gerücht war direkt unsinnig, denn wenn die Nationalversammlung aufgelöst wird, muß laut Verfassung sofort ein regulärer Reichstag gewählt werden, für die Wahlen zu diesem Reichstag ist aber noch gar kein Gesetz beschlossen. Ein Reichstagswahlgesetz kann erst geschaffen werden, wenn die Grenzen des neuen Deutschlands nach allen Seiten hin festgelegt sind, dann erst läßt sich bestimmen, wo und wieviel Abgeordnete gewählt werden sollen, in wieviel Wahlkreise das Gesamtgebiet zerlegt werden soll usw. Würde die Nationalversammlung aufgelöst und würden Neuwahlen auf Grund einer Notverordnung oder eines Notgesetzes ausgeschrieben, so wäre das Resultat wieder kein ordentlicher Reichstag, sondern nur eine neue vorbereitende Nationalversammlung. Die Nationalversammlung zu erneuern liegt aber kein innerer Grund vor, Aufgabe der bestehenden ist es, die gesetzgebende Arbeit so weit und solange zu führen, bis ein ordentlicher Reichstag sie übernehmen kann.

Schon aus dem Vorhergesagten geht hervor, daß die Nationalversammlung noch wichtige gesetzgebende Arbeit zu leisten hat. Das Reichswahlgesetz ist schon genannt. Aber die Verfassung kündigt noch eine Reihe weiterer Gesetze an, deren Erledigung für ihr Funktionieren unbedingt notwendig ist, so ein Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten, ein Gesetz über das Verfahren bei direkter Gesetzgebung durch Abstimmung des Volkes, ein Gesetz zur Ausführung des Artikels 48, der den Reichspräsidenten ermächtigt, im Falle unmittelbarer Bedrohung der Sicherheit und Ordnung gewisse staatsbürgerliche Garantien aufzuheben. Diese Gesetze werden also unbedingt noch von der Nationalversammlung erledigt werden müssen.

In engem Zusammenhang mit dem Verfassungswerk steht auch das Gesetz über die Betriebsräte, das ja gleichfalls in der Verfassung angeordnet ist. Es auch der in der Verfassung „verankerte“ weitere Ausbau des wirtschaftlichen Rätewesens zu Bezirksarbeiterräten, dem Reichsarbeiterrat und dem Reichswirtschaftsrat noch von der Nationalversammlung vorgenommen werden oder dem ersten ordentlichen Reichstag der Republik vorbehalten werden wird, steht noch dahin. Es wäre nur logisch, wenn die Nationalversammlung diese ganze Arbeit verrichten würde, die ja mit zum Aufbau der Verfassung gehört und ohne Gefahr nicht auf die lange Bank geschoben werden kann. Sollen die Betriebsräte nicht der wohlbedachten Kommissierung verfallen, d. h. jeder für sich seinen Betrieb allein wirtschaftlich ohne engeren Zusammenhang mit dem Ganzen der Volkswirtschaft, dann muß für eine rechtzeitige Zusammenfassung in Bezirksarbeiterräten und schließlich im Reichswirtschaftsrat gesorgt werden.

Daneben hat auch, wie allgemein bekannt, die Nationalversammlung das schwere Werk der neuen Staatsverfassung zu vollenden. Es duldet keinen Aufschub, wenn die deutsche Wirtschaft nicht mit rasender Schnelligkeit noch weiter zur Tiefe hinabgleiten soll.

Alle diese Aufgaben können nicht verschoben werden, bis der neue Reichstag zusammentritt, denn der Zeitpunkt seiner Wahl ist noch durchaus ungewiß, er hängt davon ab, wann die Friedensbedingungen hinsichtlich der territorialen Neugestaltung Deutschlands durchgeführt sein werden, und das hängt nicht allein von uns ab. Darüber soll aber überall volle Klarheit bestehen, daß die Wahlen zum ersten ordentlichen Reichstag der Republik nicht um einen Tag länger hinausgeschoben werden sollen, als unbedingt notwendig ist. Die Verfassung macht Deutschland zu einer reinen Demokratie und verkündet als einen ihrer ersten den Satz, daß alle Staatsgewalt vom Volke ausgeht. Die Nationalversammlung wird an dem Tage, an dem eine neue ordentliche Volksvertretung in die Hände der Wähler gewählt werden kann, ihre Gewalt in die Hände des Volkes zurücklegen.

Die Verhandlungen über die Regierungsbildung

Berlin, 29. September. Nach den in der gestrigen Sitzung der demokratischen Fraktion gemachten Mitteilungen nimmt die Volkliche Zeitung mit großer Bestimmtheit an, daß nicht nur der Reichskanzler Bauer auf seinem Posten bleibt, sondern daß auch die Kritik im Auswärtigen Amt wieder gelöst ist. Hermann Müller bleibt Minister des Innern. Die programmatische Einigung zwischen dem

Reichskanzler und den Demokraten auf der Grundlage des Eintritts der demokratischen Minister in das Kabinett ist in den wesentlichen Fragen zustande gekommen. Differenzen sollen unter andern noch in bezug auf das Betriebsrätegesetz bestehen. Der Eintritt dreier demokratischer Minister in das Ministerium ist also sicher.

Lieber die Zuteilung der Ressorts und über die noch schwebenden Differenzen sachlicher Art wird eine gemeinsame Beratung von Vertretern der Demokraten und den bisherigen Regierungsmitgliedern heute Klarheit schaffen. Als sicher gilt der Eintritt Schäfers und des Kasseler Oberbürgermeisters Dr. Koch in das Kabinett. Schäfer übernimmt voraussichtlich das Justizministerium und den Posten des Vizekanzlers.

Die Frage, wer unter Hermann Müller Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt werden soll, war gestern abend noch ungelöst. Graf Bernstorff, der für diesen Posten vorgeschlagen worden war und der am Sonnabend eine Unterredung mit dem Reichspräsidenten Ebert hatte, soll die Annahme dieser Stellung abgelehnt haben.

Belljura, Denikin und Koltischal

Zwischen den antiholländischen Truppenführern Denikin und Belljura bestehen seit langer Zeit Widersprüche die nach der Einnahme Kirows zu offenen Kämpfen führten. Dadurch werden die Operationen gegen die Roten Garben ungünstig beeinflusst, und die Entente, die zwar mit Rücksicht auf die Volksstimmung in ihren Ländern die eigenen Truppen zurückzuführen verspricht, nichtbestimmter aber den Kampf gegen den Bolschewismus wünscht, gibt sich die erdenkliche Mühe, Belljura und Denikin miteinander zu versöhnen. Aus der Schweiz wird gemeldet:

Basel, 29. September. Nach Mitteilungen der französischen Presse ist die Verhandlungskommission für die Ukraine über Marseille-Konstantinopel nach Odessa abge-

reift. Sie hat genaue Anweisung, ein Abkommen zwischen Denikin und Belljura zu erreichen. Die Verbündeten haben Denikin wissen lassen, daß sie, wenn er keine Angriffs- politik gegen die Ukraine nicht aufgibt, zugezogen sein werden, sämtliche Sendungen an Munition und Kriegsmaterial einzustellen.

Den englischen Blättern vom 26. September zufolge meldet das Kriegsamt Fortschritte der Denikinischen Streitkräfte, die hierbei über 10 000 Bolschewiki gefangen nahmen. Auch Koltischal soll wieder in den Stand gesetzt werden, von Sibirien aus eine Offensive gegen die Roten Garben ins Werk zu setzen. Die japanische Regierung hat der Regierung des Admirals Koltischal einen Vorschlag von zwei Millionen bewilligt und Amerika scheint sogar zu noch weitergehenden Unterstützungen bereit zu sein. Die Chicago Tribune widerlegt die Washingtoner Meldung, daß die Regierung beabsichtige, die 85 000 Mann amerikanische Truppen aus Sibirien zurückzuführen. Amerika ist im Gegenteil entschlossen, die Verbündeten und Admiral Koltischal zu unterstützen. England und Frankreich werden, wie das Blatt hört, die Armee Denikin mit Lebensmitteln und Kriegsmaterial unterstützen.

Hochs letztes Wort

Verfallens, 27. September. Der Zems meidet, der Rat der Vertreter der fünf Großmächte hat heute vormittag beschlossen, durch Vermittlung des Marschalls Hoch der deutschen Regierung eine letzte Note zu überreichen, um die sofortige Abmung der baltischen Provinzen Litauen und Kurland durch die Truppen des Generals v. d. Hoff zu verlangen. Wenn die deutsche Regierung dieser letzten Aufforderung nicht Folge leistet, werden sofort Maßnahmen getroffen werden, die besonders umfassen, die Einstellung jeder Nahrungsmittelzufuhr und jeder Zufuhr von Rohstoffen an Deutschland, zweitens den Abbruch aller Verhandlungen finanzieller Art, die augenblicklich mit Deutschland gepflogen werden, namentlich mit Rücksicht auf die Kreditbewilligung.

Millionenstreik in England

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag ist in England der Generalstreik der Eisenbahner losgebrochen, nachdem die Verhandlungen der Vertreter der Eisenbahner mit der Regierung ergebnislos geblieben und abgebrochen worden waren.

Der Umfang des Streiks läßt sich vollständig noch nicht übersehen; nach den Mitteilungen des Nationalverbandes der Eisenbahner wird der Ausfall aber allgemein sein, so daß er die schwersten Folgen für das englische Verkehrs- und Wirtschaftsleben nach sich ziehen dürfte. Schon die Verklärung des Eisenbahnverkehrs hat eine große Panik nicht nur unter den Geschäftsleuten, sondern auch unter dem großen Publikum hervorgerufen. Die letzten Güter, die vor Mitternacht verkehrten, wurden hauptsächlich gestärkt und waren bereit überflüssig, daß viele Reisende die Fahrt auf den Zerrbreitern mitmachen mußten.

Der Verband der Maschinen- und Heizer hat sich dem allgemeinen Eisenbahnstreik bereits angeschlossen. In Irland ist der Streik noch nicht verhängt. Um Transporte auf Lastautomobilen durchzuführen, werden bereits freiwillige Arbeiter angeworben, denen Militär zur Bedeckung gestellt werden soll. Alle Urlaube sind rückgängig gemacht und die Demobilisation ist eingestellt worden. Die Zahl der Streikenden wird auf nahezu eine Million geschätzt.

Das Postbureau Radio meldet aus Horsea zum Eisenbahnstreik in England: Die britische Regierung sei entschlossen, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln den von ihr für unbillig gehaltenen Streik zu bekämpfen. Die Versorgung mit Lebensmitteln werde mittels Motortransportwagen erfolgen. Alle in britischem Besitz befindlichen Motor- und sonstigen Fahrzeuge, einschließlich der Omnibus- und Autodroschken, können dazu herangezogen werden. Die Regierung erließ einen Aufruf an Freiwillige zur Aufrechterhaltung des notwendigen öffentlichen Dienstes, dem bereits zahlreiche Personen Folge geleistet haben. Die Urlaubserteilung an Heeresangehörige ist eingestellt worden. Die Lebensmittelrationierung wird unverzüglich wieder eingeführt. Man vermutet, daß die abgebrochenen Verhandlungen wieder aufgenommen werden. In London ist es nirgends zu Unruhen gekommen. Eine vom britischen Arbeitsminister veröffentlichte Mitteilung besagt, daß die von der Regierung den Eisenbahnarbeitern vorgeschlagenen neuen Richtlinien mindestens das Doppelte der Vorkriegslöhne betragen.

J. A. Thomas, einer der Führer der Eisenbahner, erklärte, daß es an Bemühungen nicht habe fehlen lassen, um den Streik zu vermeiden, dessen Folgen unberechenbar und nicht vorausgesehen seien. Die Regierung könne sich nicht entschließen, die Gehaltsregelung für alle Grade von Eisenbahngestellten vorzunehmen, so daß das Vollzugskomitee der Eisenbahner keine andere Wahl gehabt habe, als den Streik zu erklären.

Die Lage in Frankreich

Der französische Eisenbahnerverband hat den streikenden englischen Kollegen keine Sympathie zum Ausdruck gebracht.

Wie aus Basel gemeldet wird, machen sich in Paris zahlreiche Anzeichen für eine am 1. Oktober einsetzende erneute Streikbewegung bemerkbar. In erster Linie haben die Telegraphen-, Post- und Telefonbeamten für diesen Tag den Generalstreik angekündigt, wenn ihre Forderungen bis dahin nicht bewilligt sein werden. Die Staatsangestellten verhalten sich ähnlich. Der Theaterstreik ist auch noch nicht beendet, und das Personal der großen Warenhäuser will Anfang Oktober ebenfalls in den Streik treten. In allen Gewerkschaften wird an der Ausarbeitung von scharfen Forderungen, die den Arbeitgebern eingereicht werden, gearbeitet.

Abflauen des deutschen Seemannsstreiks

Der Seemannsstreik ist nach einer Meldung des Vorwärts aus Hamburg im Abflauen. Mit geringen Verzögerungen gelingt es, alle zur Abfahrt bestimmten Dampfer auf See zu bringen. In der Fischereifahrung dürfte sich der Streik voraussichtlich etwas bemerkbar machen, da von den wenigen Dampfern wegen des Kohlenmangels ein großer Teil still liegen mußte. Doch kommt jetzt der Fischdampferverkehr langsam wieder in Gang. Auch die Streikversammlungen des Seemannsbundes, die unter strengem Ausschluß der Öffentlichkeit stattfanden, beweisen, daß der Streik im Ganzen zu verlaufen beginnt.

Am Bremer Seemannsstreik sind nach einer weiteren Fortschritt-Meldung im ganzen nur 200 Mann beteiligt, so daß der Betrieb im Hafen, das Entladen der Schiffe, so gut wie gar keine Unterbrechung erlitten hat. Die Anhänger des Seemannsbundes haben die Mitglieder des Transportarbeiterverbandes nicht durch Anwerbung von Gewalt gezwungen, die Arbeit rasen zu lassen. Gegenwärtig handelt es sich nur noch um die Bezahlung der Streiklöhne, so daß sich die Ende noch in die Länge ziehen kann.

Auch in Lübeck streikten nur einige wenige Seeleute, die dem radikalen Seemannsbund angehören. Auch hier sehen der Transportarbeiterverband und die andern seemannsmässigen Organisationen der Seeleute dem Streik ablehnend gegenüber. Alle Versuche der wenigen Streikenden, die in offiziellem Seemannsverband in den Streik einzutreten, sind bisher gescheitert.

Der Streik der Stettiner Seeleute flaut ebenfalls ab, da sowohl die Hafenarbeiter als auch die städtischen Arbeiter in der Streikablehnung fest bleiben. — Die Gasarbeiter haben am Sonnabend abend die Arbeit wieder aufgenommen, so daß am Sonntag abend Stettin wieder Licht hatte.